

# Volksbank wird das neue Renninger Rathaus

Der Kauf des Areals an der Bahnhofstraße ist beschlossen. Der Standort Hauptstraße bleibt erhalten. Von Kathrin Klette

Die Stadt bekommt ein neues Rathaus. Das heißt: Im Grunde ist es nicht ganz neu. Denn das Gebäude, in das große Teile der Verwaltung einzuziehen werden, gibt es bereits seit Mitte der Neunziger. Es handelt sich um den bisherigen Volksbankstandort an der Bahnhofstraße. Bereits 2019 hatte die Volksbank Leonberg-Strohgäu angekündigt, das Areal verkaufen zu wollen, seither hat die Stadt die Möglichkeiten einer Nutzung untersucht. Jetzt hat der Gemeinderat seine Zustimmung erteilt und einen Grundsatzbeschluss gefasst, dass Renningen das Volksbankareal an der Bahnhofstraße erwerben soll. Die Stadt kann nun die Verhandlungen fortführen.

Und noch eine große Entscheidung wurde in diesem Zusammenhang getroffen: Um das Projekt zu finanzieren, soll unter anderem die Mühlgasse 6 verkauft werden. Die Zukunft dieses historischen Standorts war Jahr für Jahr Anlass für ausgiebige Diskussionen, weil kein vorge schlagenes Nutzungskonzept jemals richtig passte. Vor einem Verkauf schreckten einige Fraktionen lange Zeit zurück. Inzwischen sind sich über den Verkauf aber alle einig. Die Zukunft der Mühlgasse 6 wird damit bald in private Hände gelegt.

Einstimmig fielen die Beschlüsse ums neue Rathaus nicht. Die Diskussionen blieben bis zuletzt kontrovers. Die CDU setzte sich beispielsweise für die Umsetzung einer alternativen Variante ein, Teile der Grünen waren komplett gegen den



Wo heute die Volksbank steht, werden zukünftig die Renninger Bürger ihre Behördengänge erledigen.

Foto: factum/Simon Granville

Kauf des Areals. Monika Breitweg, Sprecherin der Grünen, sprach sich stattdessen für einen Neubau aus. Am Vortrag des Ersten Beigeordneten Peter Müller bemängelte sie vor allem den Verweis, dass ein Rathausneubau rund 27 Millionen Euro kosten würde, mit Parkmöglichkeiten, Baukostensteigerung und dergleichen letztlich mindestens 35 Millionen Euro. „Das wäre aber nur für die ganz große Lösung“, betonte sie.

Die Stadt hatte einst Untersuchungen angestellt, wie viel es kosten würde, ein

ganz neues Rathaus zu bauen, in dem alle bisherigen Standorte vereint werden könnten. Ein Neubau entsprechend der Größe der Volksbank würde der Verwaltung nach nur rund zwei Millionen Euro mehr kosten. „Und dann hätten wir ein neues Gebäude und kein sanierungsbedürftiges“, so Breitweg. Das Volksbankareal hat mittlerweile 26 Jahre auf dem Buckel, die Stadt rechnet daher mit einigen energetischen Sanierungen, bevor ein Einzug möglich ist. „Ich halte einen Neubau für die bessere und von den Kosten

die kalkulierbarere Lösung.“ Bei großen Teilen des Rates stieß der Vorstoß aber nur auf wenig Gegenliebe. Zum Beispiel wegen der Standortfrage: Die Kostendifferenz zu der Volksbank-Variante wäre nur so gering, wenn die Stadt den Neubau auf ein Gelände stellt, das ihr bereits gehört, der Grunderwerb also wegfiel. Bisherige Standortuntersuchungen hatten aber nie einen geeigneten Platz für ein neues Rathaus ergeben. Und in den Bereich der Jahnstraße, wie Monika Breitweg vorschlug, wollte kaum jemand ein Rathaus stellen. Der Bürgermeister Wolfgang Faißt (Freie Wähler) erinnerte daran, dass der Gemeinderat sich bereits gegen eine entsprechende Bebauung entschieden hatte. „Das ist ein Schulstandort, und so sollte es bleiben“, sagte er. Nur drei Gemeinderäte stimmten letztlich gegen den Kauf des Volksbankareals.

Fünf sprachen sich zudem für den Vorschlag der CDU aus, die Variante umzusetzen, die den Umzug der Sozialstation in die Hauptstraße 5 beinhaltet. Deren jetziger Standort, die Kleine Gasse 5, würde dann frei und böte Platz für allerlei Konzepte, die für die Mühlgasse 6 immer im Gespräch waren: eine Kulturscheune mit Galerie, eine Künstlerwerkstatt und eine Kleinkunstabühne. „Das Ziel des gesamten Gemeinderates war in den letzten 17 Jahren, Raum für Kunst und Kultur zu schaffen. Jetzt hätten wir die Chance, dies umzusetzen“, erinnerte Ralph Geyer, Fraktionssprecher der CDU. Das Buch Mühlgasse 6 sollte mit einem positiven Zeichen für Kunst und Kultur in Renningen schließen. Eine Mehrheit fand er damit aber nicht. Denn diese Variante kostet zwar nur wenig mehr, sie bedeutet aber auch weniger Einnahmen für die Stadt aus Vermietung – ein Problem im Hinblick auf die Folgekosten des Rathauses. Eine spätere Umsetzung dieser Variante wäre in Zukunft aber immer noch möglich.

## Das Bürgerbüro wird barrierefrei

Große Teile der Renninger Verwaltung werden umziehen. Das Projekt kostet geschätzt 13,4 Millionen Euro. Von Kathrin Klette

Die Idee zu einem neuen Rathaus kommt nicht aus dem Nichts. Seit Jahren ist die Stadt stetig auf der Suche nach kurzfristigen Lösungen, um den Platzmangel für die immer weiter wachsende Verwaltung in den Griff zu bekommen. Inzwischen ist die Kernverwaltung auf vier Standorte verteilt, weitere kleinere Zweigstellen kommen hinzu. Am Hauptstandort an der Hauptstraße gibt es keine Erweiterungsmöglichkeiten. „Wir mussten schon Besprechungsräume in Büros umwandeln“, berichtete der Erste Beigeordnete, Peter Müller, im Gemeinderat. Das Freiwerden des einstigen Notariats und zusätzliche Räume in der Hauptstraße 5 brachten eine kurzfristige Erleichterung. Doch die Belegungsdichte ist weiterhin groß, künftig müsste Renningen sogar Containerlösungen in Betracht ziehen. „Die Leute sitzen sich gegenseitig auf dem Schoß.“ Das Angebot der Volksbank nahm die Stadt daher sehr positiv auf.

**Standorte** Das Volksbankareal befindet sich an der Bahnhofstraße 31-33. Dort wird aber nicht die komplette Verwaltung Platz finden. Der bisherige Standort an der Hauptstraße 1 bleibt bestehen, ebenso das Rathaus in Malmshaus und das Versorgungszentrum in der Hauptstraße 5, beide aber nur als reduzierte Zweigstellen.

**Aufteilung** Der Hauptteil der Verwaltung wird ins Volksbankgebäude ziehen, unter anderem das Bürgerbüro und das Stadtarchiv, außerdem werden die Sitzungssäle dort untergebracht. Die Voraussetzungen sind ideal, da das Gebäude, anders als die Hauptstraße 1, barrierefrei ist. Der Fachbereich 2 mit allen Bauangelegenheiten kommt in die Hauptstraße 1. Das Malmshaus Rathaus wird insgesamt abgespeckt, es behält aber sein Bürgerbüro. Auch die Fachstelle für Integration, bislang in der Merklinger Straße untergebracht, findet dort Platz. Das Oberge-

schoß des Bauhofs wird dann nicht mehr benötigt und kann vermietet werden.

**Kosten und Finanzierung** Die Kosten für das Projekt, inklusive Umbau und Grunderwerb, schätzt die Renninger Stadtverwaltung auf zwischen 13 und 14 Millionen Euro. Die „größere“ Variante mit dem Umzug der Sozialstation und der Nutzung der Kleinen Gasse 5 für kulturelle Zwecke würde nur rund 200 000 Euro mehr kosten. Für die teilweise Finanzierung der Investitions- und Folgekosten schlug die Stadt den Verkauf der städtischen Grundstücke Mühlgasse 6, Kirchplatz 2/1 und Kirchplatz 5 vor. Nicht mehr benötigte Büroflächen könnten vermietet werden. Die Vermietung der Kleinen Gasse 5 fiel bei der großen Variante weg.

**Bank** Die Volksbank Leonberg-Strohgäu wird Renningen auch nach einem Auszug aus der Bahnhofstraße 31 erhalten bleiben. Das Institut hat bereits große Teile des angrenzenden Geländes gekauft. Ein Stück weiter südlich wird die Volksbank ein neues Gebäude errichten, das ihren derzeitigen Anforderungen entspricht.